

## Stuttgart 21 – Wenn Demokratie anfängt Spaß zu machen

Von Heike Agthe (für die ITE-Tagung am 6.5.2011 zusammengestellt aus den Quellen [www.kopfbahnhof-21.de](http://www.kopfbahnhof-21.de), wikipedia und eigener teilnehmender Beobachtung)

### Zunächst mal: alles war wie immer...

#### Was ist das Projekt „Stuttgart 21“

Unter dem Namen „Stuttgart 21“ geht es um Pläne, den Kopfbahnhof in Stuttgart unter die Erde zu verlegen und einen Durchgangsbahnhof daraus zu machen, außerdem soll der Eisenbahn-Knoten in Stuttgart neu geordnet werden, unter anderem mit längeren Tunnelbauten.

Stuttgart 21 ist ein Prestige-Projekt, das die Kapazitäten kaum erweitert und also für den Bahnverkehr kaum Nutzen bringt. Und ein teuer ist – für andere Vorhaben der Bahn wäre das Geld viel besser angelegt, zum Beispiel auf den Zubringern zu den Alpen.

#### Wie sich der Widerstand entwickelte:

**1994** wurde das Projekt erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt. Schon damals gab es Protest, der meistens von den Umweltorganisationen und von den Grünen getragen wurde.

Eine deutliche Zunahme gab es vor etwa **4 Jahren, als ein Bürgerbegehren** eingereicht wurde, das dreimal mehr Unterschriften trug als notwendig waren. Dessen Durchführung wurde aber von der Regierung als rechtlich unzulässig abgelehnt. Denn es waren schon bindende Verträge unterzeichnet worden....

Diese Masche kommt bei uns in Deutschland häufiger vor: Zunächst wird lange gesagt: Es ist noch längst nichts entschieden. Und dann heißt es: Es ist schon alles entschieden, nichts mehr zu machen.

### ..... Dann wurde einiges beim Stuttgarter Widerstand anders.

#### Was war das?

**2010:** Es schien also alles wie immer zu laufen, als im Februar 2010 die ersten Vorarbeiten begannen. Mit einem Unterschied: viele Stuttgarter hatten ihrer Regierung die Finte beim Bürgerentscheid nicht verziehen.

Seit November 2009 gab es daher regelmäßige Demonstrationen, zum Beispiel die Montagsdemonstrationen, die jede Woche stattfanden. Es gab ganze Aktionswochen (insgesamt 30). Der Bauzaun wurde mit kritischen Plakaten verziert. Und ein ungewohntes Phänomen trat auf: viele ältere Leute, Leute aus „besseren Kreisen“, wohlhabendere Leute kamen zu den Widerstandsaktionen.

#### August 2010:

Der Bauzaun war kunterbunt behängt und beklebt und längst zum Treffpunkt, Magneten und beliebten Fotoobjekt geworden. Es gab hartnäckigsten, bunten und fantasievollen Widerstand. Die Aktiven vor Ort schreiben der besonderen Vielfalt ihrer Aktivitäten den großen Erfolg und die ständige Zunahme von Beteiligten zu.



### 30. September 2010

Eine kritische Aktivität stand bevor: im Stuttgarter Park sollten für die Baustelle 25 sehr große alte Bäume gefällt werden, ausgerechnet in der grünen Lunge der Stadt! Das war offenbar der Anlass dafür, dass bei den Leuten die Geduld endgültig zu Ende ging.

Ende August, als eine kleine Gruppe von Schülerinnen und Schülern im Park demonstrierte, wurde sie von einem Aufgebot der Polizei geradezu überfallen, und Leute, die ihnen zu Hilfe eilten, ebenfalls. Es kam plötzlich zu enorm gewalttätigen Begegnungen zwischen der Polizei und eben den ganz gewöhnlichen Leuten, mit schlimmen Folgen Wasserwerfer verletzten viele, es gab schreckliche Szenen, mit viel Blut. Bis zu 400 Menschen wurden bei der Räumung des Schlossgartens durch Schlagstöcke, Wasserwerfer und Pfefferspray verletzt. Ein älterer Mann ist als Folge fast erblindet. Er wird nie mehr richtig sehen können. In der Nacht begannen die Baumfällungen.

Dann ging gar nichts mehr. Tagelang demonstrierten 100 000, sogar bis zu 150 000 Menschen (am 9.10.) Gleichzeitig gab es erstmals auch Gegendemonstrationen mit mehreren 1000 Menschen.

Erst Mitte Oktober kam ein Hoffnungsschimmer auf, als man versuchte, eine Art Schlichtungsverfahren durchzuführen. Daraus ist letztlich ein spannendes Demokratieexperiment geworden. Teuer erkaufte, allerdings.



## .....Und am Schluss: Das Demokratie-Experiment „Schlichtung“

Obwohl das Bahnprojekt «Stuttgart 21» schon von den Parlamenten abgesehnet war, wurden Treffen am Runden Tisch organisiert. Vom 22. Oktober 2010 bis zum 27.11., insgesamt 10 mal, trafen sich 7 BefürworterInnen und 7 GegnerInnen des Projektes zum „Sach- und Faktencheck“. Insgesamt wurde 60 Stunden lang diskutiert.

Während dieser Zeit ruhten die Bauarbeiten, und es wurden keine neuen Aufträge vergeben – ein erster kleiner Erfolg.

**Die Befürworter:** Regierung des Landes Baden-Württemberg, der Stadt Stuttgart und die Deutsche Bahn AG.

**Die Gegner:** verschiedene Umweltorganisationen und Bürgerinitiativen der Region, die Grünen in Baden-Württemberg.

Beide Parteien waren jeweils noch von etlichen Gutachtern und ExpertInnen begleitet.

### 1. Fortschritt: Noch nie dagewesene Transparenz

Die Schlichtungsgespräche konnten in voller Länge live im Fernsehen und im Internet verfolgt werden. Die Diskussionsrunden brauchten ewig viel Zeit: jedes Mal von 9 Uhr morgens bis gegen 16 Uhr, manchmal noch länger. Und alles kam live im Fernsehen, sechs Wochen lang!

Man kann die archivierten Sendungen immer noch ansehen

### 2. Fortschritt: Vorurteile über die Stuttgart21-Gegner wurden abgebaut,

Für jeden sichtbar, brachte das Fernsehen es an den Tag: Der Check ging häufig zugunsten der Projektgegner aus. Oft konnten sie die Experten der Bahn in die Enge treiben, mit besseren Fakten, oft auch mit unbequemen Fragen, bei denen die Experten der Bahn immer wieder zugeben mussten, dass sie nicht alle Fakten auf den Tisch gelegt hatten. Fehlende Gutachten, fehlendes Wissen, zum Beispiel über Probleme mit Mineralwasserquellen, Kosten, die nicht kalkuliert worden waren, ein fehlendes Konzept, wie die Fahrpläne überhaupt funktionieren sollten etcetera. Manchmal war es richtig peinlich, und der Moderator bestand mehr als einmal darauf, dass die Fakten noch nachgeliefert werden mussten.

### 3. Fortschritt: Vorurteile „Bevölkerung ist desinteressiert und politikverdrossen“ wurden über den Haufen geworfen:

60 Stunden zäher Verhandlungen: für wen wird so was überhaupt gesendet? Wer sieht so was an? Tatsache ist, der Sender „Phoenix“ der das übertrug, hatte eine Einschaltquote von ca 3 Millionen. Tagsüber! Eine Sensation! Die zweithöchste Einschaltquote des Senders jemals.

Keine Spur von Politikverdrossenheit – endlich ging es um Sachfragen, um echte Diskussionen statt immer gleicher Talkshows oder der 20-Sekundenberichte in den Nachrichten.

Dazu trug sicherlich bei, dass die Übertragung sehr gut gemacht und völlig transparent war: Ohne Theatralik, mit Informationen ohne journalistische Filterung, sozusagen Politik pur. Die Kamera arbeitete mit langen Einstellungen und ruhigen Schwenks, so dass man das Gefühl hatte, selber in dem Raum zu sitzen und selbst ausführlich beobachten und urteilen zu können.

### 4. Fortschritt: Diskutieren auf Augenhöhe und Abbau des sprachlichen Herrschaftsgebahrens

Daran war der äußerst geschickte Moderator Heiner Geißler maßgeblich beteiligt, der immer wieder auf Verständlichkeit bestand. Der gerne auch mal unterbrach und Fragen stellte: Die Leute wollen schließlich wissen, wovon Sie da reden....“ Herrschaftsgebahren wurde entlarvt: „Das versteht doch kein Mensch. Sie müssen sich um eine verständliche Sprache bemühen“

Mit diesen Worten kanzelte er die Umweltministerin ab, und etliche andere auch. Es ergab sich daraus ein konsequentes Diskussionsniveau auf Augenhöhe, für alle.

Das war sehr ungewohnt für unserer repräsentative Demokratie. Manchmal fühlte ich mich wie im Märchen „Des Kaisers neue Kleider“ als das Kind den nackten Kaiser sieht und ruft: „Aber er hat ja gar nichts an“: Die Titelträger schrumpften schnell auf ein normales menschliches Maß zurück, reduziert nur auf die Stichhaltigkeit ihrer Argumente.

### **Das Sachergebnis am 30. November: Von Stuttgart 21 zu Stuttgart 21 plus**

Es gab am Schluss eine Art Richterspruch, der mit großem Brimborium inszeniert war. Die Wartezeit, bis der Schlichter endlich wieder in den Saal kam, um seinen Spruch zu verkünden, war nervenaufreibender als jeder Krimi.

Der Spruch selber war eine Enttäuschung für die Gegner. Der Verhandlungsverlauf hatte eigentlich andere Schlussfolgerungen nahegelegt. Denn zu viele Schwächen des Konzeptes Stuttgart 21 waren deutlich geworden.

Aber vermutlich hatte er gar nicht anders ausfallen können: zu groß erschienen die Milliardenverluste, sollte es zu einem Ausstieg kommen. Zu unanfechtbar waren die Baurechte, die für die Stuttgart21-Planung bereits vorlagen.

Heiner Geißler, der Moderator und Schlichter, sprach sich im Grundsatz für das Weiterbauen aus, schlug dafür eine Reihe von Veränderungen unter dem Titel *Stuttgart 21 Plus* vor, darunter den Erhalt der Gäubahn sowie zusätzliche Kapazitätsreserven bei den Zulaufstrecken und im Bahnhof. Welche Vorschläge zur Kapazitätssteigerung realisiert werden, soll nach einem so genannten „Stresstest“. Die Ergebnisse sollen im Juni 2011 vorgestellt werden.

Außerdem verfügte Geißler, dass die Bäume im Schlosspark einzeln verpflanzt und später wieder zurück gebracht werden müssen. Und: aus dem oberirdischen Bahnhofs-Areal, auf dem jetzt noch das Bahnhofsgebäude steht, darf kein Spekulationsobjekt werden.

### **Nachwirkungen**

Das Schlichtungs-Verfahren selbst hatte eine regelrecht euphorisierende Wirkung. „Nie wieder wird man ohne Beteiligung der Bevölkerung seine Mammutprojekte durchziehen können“. „Das ist ein Wendepunkt“. So oder so ähnlich äußerten sich viele.

Tatsächlich hat sich seitdem vieles geändert. Viele Leute sind selbstbewusster in ihren politischen Äußerungen geworden, es passiert öfter, dass nach Beteiligung gefragt wird. Es gibt jede Menge „cgcb21“-Titel für ungeliebte Bauprojekte, also lauter kleine und große Pläne, bei denen die Bürger sich übergangen gefühlt haben und in Anlehnung an Stuttgart 21 jetzt die Zahl an den Namen ihres Projektes anhängen.

Wenn man aber fragt, welche Fortschritte tatsächlich erzielt wurden, muss man feststellen, dass es die nur in der Kommunikation, also im Gesprächsstil und bei der Transparenz, gegeben hat. Die konkrete Mit-Entscheidungsmöglichkeit für die Bevölkerung ist de facto nicht gestiegen.

### **Fortschritte, die jetzt kommen müssen**

Dank der Transparenz der Schlichtungsrunde wurde klar, was eine angemessene Bürgerbeteiligung in Deutschland eigentlich verhindert: nämlich die geltende Genehmigungspraxis für Großvorhaben.

Zwei Anwälte, **Peter Vonnahme**, ehemaliger Verwaltungsrichter und **Dr. Bernd Tremml**, Fachanwalt für Verwaltungsrecht, haben in einer ausführlichen Analyse des Schlichtungsverfahrens auch die Defizite der Genehmigungspraxis beschrieben. Ihr Fazit soll mit einigen Zitaten wider gegeben werden. – Vielleicht können sie noch nützlich werden, wenn ITE nach Themen für ein europäisches Bürgerbegehren sucht???????

### **1) Öffentlichkeitsbeteiligung kommt zu spät:**

„Wenn die Öffentlichkeit von einer Planung erfährt, ist die Entscheidung für das Projekt de facto längst gefallen - in enger Abstimmung zwischen Projektträger und Politik. Fortan geht es nur noch um die Frage, wie das Vorhaben möglichst störungsfrei durch die notwendigen Verfahren geschleust werden kann. Alternativen werden nicht mehr ernsthaft erwogen.“

Die betroffenen Bürger werden mit dem Hinweis beruhigt, dass sie ihre Bedenken und Einwände gegen das Vorhaben in den anstehenden Genehmigungs- und etwaigen Gerichtsverfahren vorbringen können. Aber:

### **2) Entscheidende Aspekte werden im gerichtlichen Verfahren nicht geprüft**

Verschwiegen wird, dass viele wesentliche Einwände im gerichtlichen Verfahren gerade nicht mehr geprüft werden, etwa die Fragen zur Standortwahl, zur Finanzierung und zu den Auswirkungen für Klima und Umwelt. Das geltende Prozessrecht will es so: Geprüft wird nur, ob e i g e n e R e c h t e des rechtsuchenden Bürgers verletzt werden. Dazu gehören nach herrschender Dogmatik insbesondere Leben, Gesundheit und Eigentum, nicht aber Umwelt und Klima.“

„Wir dürfen unsere Augen nicht länger davor verschließen, dass sich unser überkommenes Genehmigungssystem in einer Sackgasse befindet. Die Ausklammerung ernsthafter Umweltschäden als Folge von Großprojekten erweist sich zunehmend als zentrales Problem unseres Rechtsschutzsystems.“

„Der empörte Hinweis der Bahn, sie habe unanfechtbare Genehmigungen, wird heute von einer kritischer gewordenen Öffentlichkeit nicht mehr schlechthin als Legitimation für die Umsetzung eines Bauvorhabens anerkannt. Dies gilt vor allem dann, wenn am Ende von langen Genehmigungsverfahren der Verdacht aufkommt, dass die vorgelegten Gutachten und Kostenschätzungen von Anfang an nicht valide waren. Zumindest der staatliche Unternehmer muss sich dann die Frage gefallen lassen, ob sein Finanzierungskonzept (noch) tragfähig ist“.

### **3) Lücke zwischen Beschlüssen und Maßnahmen ist zu groß**

„Parlamentsbeschlüsse werden hinterfragt, wenn es Jahre dauert, bis sie realisiert werden. Sie müssen jedenfalls in dieser Zeit immer wieder begründet und erläutert werden. Die Fristen zwischen Planung und Realisierung von Großprojekten sind viel zu lang. Die Öffentlichkeit muss zwar heute schon nach § 3 des Baugesetzbuches über Pläne und Alternativen frühzeitig informiert werden. Diese Bestimmung wird jedoch nicht eingehalten oder zu eng ausgelegt.“

### **4) Alternativen werden nicht geprüft**

„Notwendig ist zudem, dass Alternativen offiziell ermöglicht und geprüft werden. Das Fehlen dieser Möglichkeit war einer der größten Schwächen im Verfahren von S 21.“

Zum Nachlesen und – sehen:

<http://www.schlichtung-s21.de/>

[www.kopfbahnhof-21.de](http://www.kopfbahnhof-21.de)

[http://de.wikipedia.org/wiki/Protest\\_gegen\\_Stuttgart\\_21](http://de.wikipedia.org/wiki/Protest_gegen_Stuttgart_21)



(Fotos: Heike Agthe)